



Unser Kommentar: Schlechte Zeiten für die öffentlichen Haushalte

Allenthalben liest man es in der Zeitung oder erfährt es über Funk und Radio und Fernsehen: In den öffentlichen Haushalten werden die Finanzmittel knapp. Das gilt auch für die Stadt Georgsmarienhütte. Etwa 5 Mio. DM werden fehlen, wenn der Haushalt 1995 - gemessen am Haushalt 1994 - verabschiedet werden soll.

Woher stammen diese "Löcher"? Das fragen sich in dieser Zeit viele Bürger, und sie haben dann häufig vorschnelle Urteile parat: "Der Staat verpraßt unsere mühsam erarbeiteten Steuergroschen" - "Der Beamtenapparat ist zu teuer" - "Die Staatsdiener stecken zu viel in die eigenen Tasche" - "Asylanten, Aussiedler und Sozialhilfeempfänger bekommen zu viel Geld für Nichtstun". Geht man den Dingen einmal genauer auf den Grund, so ergibt sich ein etwas anderes Bild:

Der Haushalt 1995 der Stadt Georgsmarienhütte steht vor allem unter drei Gesichtspunkten, die wesentlich Einfluß auf die Haushaltsbelange haben:

1. Die Kosten für die Einheit bedeuten für GMHütte einen Mehraufwand von 1,040 Mio. DM.
2. Die Einnahmen bei der Einkommensteuer werden um 735.000 DM niedriger ausfallen als erwartet, hinzu kommen die Mindereinnahmen durch den Finanzausgleich in Höhe von 1.060.000 DM. Macht zusammen 1.795.000 DM. (Die Rezession 1993 schlägt voll durch!)
3. Die Erhöhung der Kreisumlage um mindestens 4 Punkte bedeutet für die Stadt 1.660.000 DM Mehrausgaben.

Das sind zusammen schon rund 4,5 Mio. DM, zu denen einige weitere Belastungen (z.B. Kindergartenzuschüsse) hinzukommen. Wie kann man nun diese "Löcher" stopfen?

1. Durch höhere Schulden.
2. Durch Streichung von Leistungen, Verminderung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen.

Beide Wege werden zur Zeit versucht. Aber längst nicht alles, was an Sparvorschlägen auf dem Tisch liegt, wird durchsetzbar sein. Viele Maßnahmen würden erst in mehreren Jahren Wirkung zeigen, uns in der aktuellen Situation kaum helfen. Eins ist aber sicher: Es kommen härtere Zeiten auf den Bürger zu.

Klaus Kraegeloh



*Liebe Leserin
Lieber Leser,*

wir sind in Georgsmarienhütte 1994 dreimal zur Wahl gegangen. Ich möchte mich im Namen der SPD GMHütte für die vielen Stimmen und Ihren Gang zur Urne bedanken. Selbstkritisch ist festzustellen,

daß die Zeit der großen Versprechungen zusätzlicher Leistungen und Angebote vorbei ist. Ab 1995 werden Stadt, Land und Bund die Kosten der auf "Pump" finanzierten Deutschen Vereinigung aufbringen müssen. Es wird daher zu Einschränkungen und Umschichtungen kommen.

Die SPD GMHütte wird bei den anstehenden Umverteilungen darauf achten, daß die Bereiche Jugend, Kultur, Sport und der Umweltschutz nicht besonders von Kürzungen betroffen sind.

Ich möchte Sie alle bitten, sich aktiv in die Politik einzubringen und mitzumachen.

Sie können alle SPD Ratsherren/frauen ansprechen oder sich mit der SPD in Verbindung setzen (0 54 01/3 22 59). Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes neues Jahr 1995.

Helmut Tolsdorf

Einladung zur KARNEVALS - SITZUNG der AWO

**in Gemeinschaft mit den FALKEN
in ALT - GMHütte**

am Samstag, den 11. Februar 1995
Beginn: 19.11. Uhr im Kolpinghaus

Hiermit laden wir alle Mitglieder sowie Freunde und Gönner unseres Vereins zu der gemeinsamen Karnevals-sitzung ein.

Über viele kostümierte "Karnevals-Jecken" würden wir uns sehr freuen.

Gute Stimmung war in der Vergangenheit niemals ein Problem. Schon jetzt wünschen wir allen Karnevalsfreunden recht viel Spaß.

Als Kostenbeitrag werden an der Abendkasse DM 12,- erhoben, im Vorverkauf (im Schreibwarengeschäft Prochnau) beträgt der Eintritt DM 10,-.

Kapitel "Golfplatz" zu Ende! Kreisumlagerhöhung - nein

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen scheint das Kapitel "Golfplatz" im Bereich Gut Osthoff endgültig vom Tisch zu sein. Die Bezirksregierung hat im Raumordnungsverfahren deutlich gemacht, daß ein Golfplatz in unmittelbarer Nachbarschaft zum bisher einzigen Naturschutzgebiet unserer Stadt nicht in Frage kommt. Der Landkreis wird aufgefordert, die an das Naturschutzgebiet "Harderberg" grenzenden Flächen zum Landschaftsschutzgebiet zu erklären. Damit wird eine Schutzzone geschaffen, die das NSG (Orchideenwiese) auf Dauer sichern wird.

Die Besitzerin der in Frage kommenden Flächen beabsichtigt nach unseren Informationen, auf dem Gelände eine Pferdezucht zu betreiben. Dies würde sicher besser den Anforderung von Natur- und Landschaftsschutz entsprechen.

Ganz ehrlich meinte es die CDU/FDP-Gruppe im Rat nicht, als sie immer wieder darauf verwies, sie gäbe nur dem Antrag einer Bürgerin nach. Die Überprüfung der Flächen auf eine Eignung als Golfplatz war eine politische Entscheidung und entsprach eher dem Nachgeben kommerzieller Interessen. In den Reihen der CDU/FDP befanden sich darüber hinaus zahlreiche Befürworter des Golfplatzes an dieser Stelle. Ihr mangelndes Engagement für den Naturschutz ist dabei deutlich geworden.

Im übrigen paßt wohl ein Golfplatz schlecht in die heutige Lage, in der sich unsere Stadt befindet. Kürzungen bei den Kindergartenzuschüssen sind ebenso im Gespräch wie Einschränkungen etwa im Bereich Hallenbad. Da hätte uns ein Golfplatz gerade noch gefehlt!

Klaus Kraegeloh

Rathaus für jedermann!?

Da wurde doch kürzlich Kritik an der Vergabe des Sitzungssaales im GMHütter Rathaus laut. Entschieden wiesen jedoch unsere Stadtväter darauf hin, daß durchaus alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Hieß es doch auch schon 1992, das Rathaus sei mit Leben zu füllen! Und nur deshalb konnte der hiesige, vermögende und außerdem der Mehrheitspartei angehörende Geschäftsmann seine Ehrung in adäquater Umgebung entgegen nehmen.

Nach dem Gleichstellungsprinzip stehen jetzt auch "Otto Normalverbraucher/in" Tür und Tor des Rathauses offen, um sich mit silberner Ehrennadel oder goldenem Kegel feiern zu lassen. Nicht zu vergessen sind weiter all die GMHütter Geburtstagskinder zwischen 50 und 100, die nunmehr zum Sektempfang ein Anrecht auf den Sitzungssaal haben. Bei diesem gewaltigen Potential ließe sich mit ein wenig Phantasie, z.B. durch eine dem jeweiligen Bankkonto angepaßte Saalmiete, womöglich das große GMHütter Haushaltsloch noch etwas stopfen....

Roswitha Bünthe

Gegen die Erhöhung der Kreisumlage hat sich die SPD-Kreistagsfraktion ausgesprochen. Die Sozialdemokraten halten es für erforderlich, die Kreisumlage auf dem Stand von 40 Punkten zu belassen und zwar aus folgenden Gründen:

Die kreisangehörigen Kommunen verlieren jeden finanziellen Spielraum, weil die ihren eigenen Haushalt nicht mehr ausgleichen können.

Sie haben keinen Handlungsspielraum für freiwillige Leistungen, können keine Vereine mehr unterstützen. Gleichzeitig wachsen aber Aufgaben wie Schaffung von Kindergartenplätzen oder Erweiterung von Schulen. Zwischenzeitlich ist die Verschuldung der Kommunen ständig gewachsen, während der Kreis sich in den letzten 10 Jahren um 82 Millionen entschulden konnte.

Wir wollen ein Signal setzen mit der Forderung, daß 40 Punkte Kreisumlage genug sind, mehr können die Gemeinden in 1995 nicht verkraften.

Friedel Timmermann, Kreistagsabgeordneter

CDU beerdigt PLUS-Karte in Holzhausen

Entgegen dem ausdrücklichen Willen der SPD-Fraktion hat die CDU mit ihrer Mehrheit die PLUS-Karte ab 1.1.1995 abgeschafft.. Obgleich jeder weiß, daß ein solches neues "Produkt", das es erst seit Herbst 1993 gibt und für das sicherlich keine besonders heftige Werbung gemacht worden ist, eine Anlaufzeit braucht, beendet die CDU das Projekt PLUS-Karte sang und klanglos.

Peinlich für die CDU, daß im Verkehrsausschuß mit Hilfe einer CDU-Stimme erst die Verlängerung beschlossen worden ist, um dann im Verwaltungsausschuß die Karte endgültig zu kippen. Diese Entscheidung ist eine Entscheidung gegen den öffentlichen Personennahverkehr, da vor der umfassenden Neuregelung des Personennahverkehrs zum Sommer des nächsten Jahres wieder eine Leistung abgebaut wird, also Nutzer/innen der Busse verschreckt werden und als Kunden verloren gehen.

Will die CDU den ÖPNV endgültig kappen oder für GMHütte auf dem derzeitigen, völlig inakzeptablen Zustand halten, damit nur noch Autobesitzer nach Osnabrück können und alle anderen gezwungenermaßen am Ort kaufen müssen? Wird die CDU-Verkehrspolitik zum Ende des Jahrhunderts darin bestehen, ÖPNV möglichst gering und das Parkplatzangebot möglichst groß zu halten, um besonders Oesede zum letzten Autofahrer-Einkaufsparadies der Republik zu machen?

Kosten spielen seltsamerweise bei der Parkplatzgestaltung und -ausschilderung keine besondere Rolle, Kosten sind immer nur ein willkommenes Argument gegen Bus und öffentlichen Personennahverkehr!

Rainer Korte

Ökologische Auflagen für Baugebiet "Averwetters Feld"?

Im Jahre 1992 faßte der Rat mit dem Beitritt zum Klimabündnis einen richtungsweisenden Beschluß:

"Bis zum Jahre 2000 sind die durch den Betrieb der allgemeinen Einrichtungen (Schulen, Sporthallen etc.) verursachten CO₂-Emissionen um mindestens 25 % gegenüber denen des Jahres 1990 zu verringern".

Das ist gut für die Bürger unserer Stadt, gut für unser aller Umwelt, noch besser aber für die uns nachfolgenden Generationen. Wir wollen für sie lebenswürdige Bedingungen schaffen und erhalten.

Folgerichtig wurden beim Baugebiet "Langstücksweg" in Kloster Oesede nach langen Diskussionen vor allem im Umweltausschuß den Grundstückserwerbern über den Grundstückskaufvertrag ökologische Auflagen gemacht. Dabei ist folgendes zu gewährleisten: Der Käufer ist verpflichtet, den Energieverbrauch niedrig zu halten. (Niedrigenergiehaus). Dazu sind besondere Dämmstandards bei Außenwänden und Dächern erforderlich, eine Wärmeschutzverglasung ist zwingend vorgeschrieben. Das Regenwasser ist in einem Speicher aufzufangen und für Toiletten, Waschmaschine und Gartenbewässerung zu nutzen. Sicher kommt es durch diese Auflagen einerseits zu erhöhten Baukosten, andererseits rechnen sich diese Investitionen für die Zukunft. Der Erwerber leistet einen hohen Beitrag für den Schutz der Umwelt, da er auf Dauer weniger Energie und Trinkwasser verbraucht, was er auch an seinen Unterhaltungskosten merkt. Außerdem werden die Mehrkosten in Höhe von etwa 3 % bis 8,5 % (an bereits gebauten Häusern nachgewiesen) durch einen Zuschuß von 30,- DM pro m² Wohnfläche z.T. aufgefangen.

Um so enttäuschender gestaltete sich die Diskussion nun über dieses Thema in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz. Galt es doch hier eben diese Auflagen (s. o.) für das neue Baugebiet "Averwetters Feld" in Dröper zu beschließen.

Die CDU-Mehrheit im Ausschuß für Umweltschutz lehnte dies bedauerlicherweise ab und konnte sich nur zu einer unverbindlichen Empfehlung dieser Kriterien durchringen! Lediglich die Regenwassernutzung wurde als verpflichtend verabschiedet.

Georgsmarienhütte, ein Vorreiter für den Umweltschutz? Mit diesem Beschluß gehen wir einen gewaltigen Schritt rückwärts. Bleibt nur die Hoffnung, daß der Rat diesen Schritt korrigieren wird, um "Seinen Anteil an der langfristigen Erhaltung der Lebensgrundlagen zu leisten"! (Zitat aus der Rede des Bürgermeisters H. Lunte anlässlich der 2. Georgsmarienhütter Energietage. **Bernd Völkel**

SPD - Kreistagsfraktion verläßt den Arbeitskreis "Deponiestandortsuche"

Aus Enttäuschung und Verärgerung über das Taktieren der CDU/FDP-Gruppe im Landkreis hat die SPD-Kreistagsfraktion ihre Mitarbeit im zuständigen Arbeitskreis "Deponiestandortsuche" mit sofortiger Wirkung eingestellt.

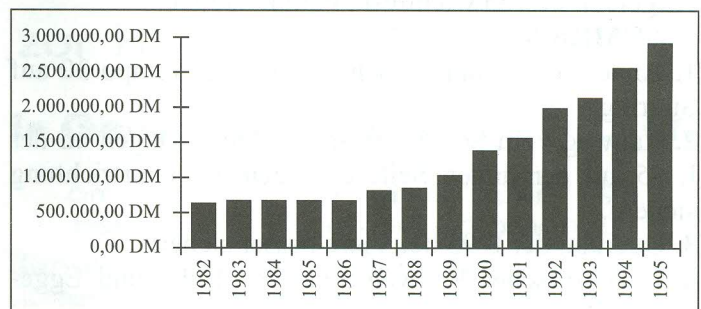
Dieses Vorgehen haben wir einstimmig in der letzten Fraktionssitzung beschlossen, nach dem unsere Arbeitskreismitglieder Musharbash, Diers und ich, Friedel Timmermann, über die unberechenbaren Vorgehensweisen der Mehrheitsfraktion aus den letzten Sitzungen des Arbeitskreises berichteten.

Die einst hochgelobte, immer wieder von der CDU betonte "konsensuale" Zusammenarbeit wurde zu oft durch plötzliche CDU-Meinungsänderungen und Presseveröffentlichungen gestört, der Arbeitskreis zunehmend politisiert und von unnötigen verbalen Äußerungen des CDU-Arbeitskreisvorsitzenden Schirmbeck belastet. Eine weitere sachliche Zusammenarbeit und partnerschaftliche Kooperation - für uns Grundlage in der Entscheidung wichtiger Sachfragen - ist unter diesen Umständen nicht mehr möglich. So hat sich der Arbeitskreis in der letzten Sitzung nur mit einem Vorstoß der CDU/FDP beschäftigen müssen, der ohne Vorankündigung erst 5 Minuten vor der Sitzung bekannt gemacht wurde - selbst der Kreisverwaltung. Während die beratenden Experten - Bez. Regierung, Landesamt für Bodenforschung, Institut für technischen Umweltschutz - davor warnten, den Abstand einer Deponie zur Einzelhausbebauung generell von 0 bis 500 m ohne Überprüfung festzulegen, pocht die CDU auf ihre Mehrheit (Aussage Schirmbeck: Wir werden das mit Mehrheit so beschließen).

Ist das die vielbeschworene "konsensuale" Zusammenarbeit im Arbeitskreis - urteilen Sie selbst...

Friedel Timmermann

Entwicklung der Betriebskostenzuschüsse an Kindergärten



Quelle: Amt für Sozialwesen

Die Grafik zeigt den fast dramatischen Anstieg der Betriebskostenzuschüsse in den letzten Jahren. Zu beachten ist dabei aber, daß inzwischen zwei Kindergärten hinzugekommen sind (Holzhausen und Oesede) und daß sich die Zahl der betreuten Kinder von 1990 (869) bis 1995 (1.149) deutlich erhöht hat.

Klaus Kraegeloh

Schulwegsicherung in GMHütte - ein ungeliebtes Kind?

Die Verkehrssicherheit auf Schulwegen und in Wohngebieten erfährt in der kommunalen Politik dieser Stadt sicherlich nicht gerade höchste Priorität. Wer erinnert sich nicht an die Aktivitäten zur Errichtung einer Querungssampel bei Aldi/Gartmann, die vor über einem Jahr im Herbst 1993 ihren Höhepunkt in einer Demonstration mit zahlreichen anschließenden Gesprächen fand: geschehen ist seitdem **nichts**.

Wer kennt nicht die massiven Schwierigkeiten, in GMHütte - in dieser Zeitung haben wir immer wieder darauf hingewiesen - Kindern, Radfahrern, Fußgängern und älteren Menschen Priorität vor dem Auto einzuräumen?

Müssen erst Unfälle passieren, ehe in Georgsmarienhütte "**Kinder Vorfahrt**" bekommen? Die Kasinotalbrücke sollte in diesem Zusammenhang ein mahnendes Beispiel sein!

Es muß endlich Schluß sein mit aberwitzigen Diskussionen, ob die Kinder sich verkehrsgerecht verhalten oder bei Unfällen "Schuld" haben! Kinder sind Kinder und können Verkehrsregeln, an die sich umfassend geschulte Autofahrer/innen nicht halten, kaum verstehen, geschweige denn in der Praxis anwenden.

Muß zum tausendsten Mal wiederholt werden, daß Kinder spontan handeln, daß sie ein kleineres Blickfeld haben, daß abstrakte Regeln für sie nicht nachvollziehbar sind, daß sie immer den direkten Weg gehen und fahren? Wann wird endlich begriffen, daß sich erwachsene, bewußte, ausgebildete, autofahrende und sich schnell bewegende Menschen gefälligst nach den Schwächeren zu richten haben und nicht umgekehrt?!

Warum nicht die "Stadt im Grünen" auch zur **Stadt der Kinder** machen? Wenn die Verkehrssituation sich für Kinder nicht in der ganzen Stadt grundlegend ändert, sollten wir an die Ortsschilder ein Zusatzschild heften: "**Leute sperrt euere Kinder ein, damit die Autos in dieser Stadt draußen spielen können!**"

Bereits im Mai dieses Jahres hat die SPD-Fraktion ein **Sofortprogramm "Schulwegsicherung in Georgsmarienhütte - Nicht-investive Maßnahmen"** vorgelegt, dessen wichtigste Punkte lauten:

Alt-GMHütte:

1. Änderung Vorfahrt Hochstr./Südring; Tempo 30 auf Südring.
2. Radweg vom Schulzentrum Richtung Hagen an der L 95 auf der linken Seite entgegen der Fahrtrichtung sichern.
3. Querung der L 95 bei Viere besser sichern.
4. Provisorischer Radweg zwischen Bahn und Egge-mann

Kloster Oesede:

1. Tempo 50 und Abmarkierung für Radfahrer 'auf der Insel'.
2. Tempo 50 und Abmarkierung für Radfahrer im Sut-arb.
3. Vor und nach der Radwegquerung bei Piel Tempo 50.
4. In Querungsbereichen der L 95 Tempo 30.

5. In Querungsbereichen der alten B 68 Tempo 50.

Holzhausen:

1. Von-Galen-Str. außerorts Tempo 70, ab Schulte Tempo 50.
2. Abmarkierungen Radweg von-Galen-Str. innerorts.
3. Zebrastreifen-Querungen Sutthausener Straße
4. Zebrastreifen-Querungen auf der von-Galen-Str. an 3 Stellen.

Oesede:

1. Radweg-Abmarkierung von Bahnübergang bis Kirche.
2. Erneuerung Radweg an der Oeseder Str. ab Bahn bis Osterheide.
3. Radweg-Abmarkierung im Kreuzungsbereich an der Kirche auf L 95.
4. Rechts-vor-links Regelung und Tempo 30 auf Südring.
5. Abmarkierung Radweg im Spell.
6. Auf dem Thie Radfahrern, Fahrt entgegen Einbahnstr. gestatten
7. Geschwindigkeitsbegrenzung 50 zwischen Oesede und Dröper

Harderberg:

1. Schulwegsicherung außerorts auf der 'Oberen Bauernschaft'

Es gibt sicherlich in Georgsmarienhütte weitere zahlreiche Stellen, an denen die Verkehrssicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmer erheblich verbessert werden muß. Eltern, Nachbarschaften und Betroffene sollten dies Thema zum Thema des Jahres 1995 in GMHütte machen.

Rainer Korte

Benutzungsgebühren für Turnhallen?

Es wird in der Stadtverwaltung GMHütte laut darüber nachgedacht, daß die Sportvereine demnächst für die Turnhallenbenutzung Gebühren zahlen sollen. Je nach Hallenbelegungsbenutzungszeiten sollen diese Benutzungsgebühren 10.000,- - 30.000 DM pro Verein pro Jahr betragen. Die Folge wäre, daß die Vereine die Beiträge erheblich erhöhen müßten. Nur noch entsprechend gut verdienende Bürger können sich dann die Mitgliedschaft in einem Sportverein leisten. Was wäre die Konsequenz?

Immer mehr Kinder wissen nicht, was sie mit ihrer Freizeit anfangen sollen. Soziale Konflikte sind vorprogrammiert. Ein Therapieplatz kostet jährlich DM 90.000,-.

Es gibt noch viele Gründe, die ein Nachdenken über solche unverantwortlichen Gebühren nötig machen.

Peter Kompa

Impressum:

Herausgeber:
SPD-Ortsverein GMHütte
Redaktion:
Klaus Kraegeloh
Fasanenweg 21
(z.v.i.S.d.P.)

Satz:

OSNABRÜCK LIVE

Giesbert Zawidzki
Tel. & Fax 05 41 / 2 88 79

Druck: **PRINTMAN**
Satz & Druck GmbH
Ruppenkampstr. 11
49084 Osnabrück